



im Bezirksausschuss 3 Maxvorstadt

München, den 02.05.2019

Plakatierungsverbot für den Max-Mannheimer-Platz und den Platz der Opfer des Nationalsozialismus.

Antrag

Der BA 03 beantragt, dass die LHS München durch eine entsprechende Regelung für den Max-Mannheimer-Platz und den Platz der Opfer des Nationalsozialismus ein Plakatierungsverbot erlässt.

Begründung

„Keine andere Stadt ist derartig mit dem Nationalsozialismus verbunden wie München. Hier wurden NSDAP, SA und SS gegründet, und im Milieu dieser Stadt formten sich entscheidende Elemente der NS-Doktrin.“ Viele Orte in der Stadt sind eng mit dieser Geschichte verbunden, „Orte bilden das Gedächtnis der Stadt“, „Orte halten das Geschehene fest“ (die Zitate stammen aus „Orte der Erinnerung, Nationalsozialismus in München“, herausgegeben von W. Nerdinger, 2006).

Es darf nicht sein, dass solche Orte in München durch parteipolitische Äußerungen, insbesondere von rechtsextremen Gruppen, immer wieder missbraucht werden. Durch provozierende und z.T. volksverhetzende Wahlplakate werden gezielt solche Orte der Erinnerung entwürdigt. Daher ist es notwendig, an den im Antrag genannten Orten ein Plakatierungsverbot zu erlassen.

Antragsteller:

SPD-Fraktion

KATHARINA BLEPP (UA KULTUR, Fraktionssprecherin), DANIEL FRITSCH (UA Soziales und Bildung), GESCHE HOFFMANN-WEISS (Vors. UA Planung und Umwelt), FELIX LANG (Vors. UA Soziales und Bildung), SVEN MÜLLER (UA Kultur), MATHIAS POPP (UA Verkehr und Öffentlicher Raum), HANS-STEFAN SELIKOVSKY (Vors. UA Verkehr und Öffentlicher Raum), WERNER STADLER (UA Planung und Umwelt)